

Ein bißchen Hartz

Berliner WASG lehnt Ein-Euro-Jobs kategorisch ab. Doch einzelne Mitglieder betreiben Trägervereine für Zwangsarbeit

Sebastian Gerhard

Trotz aller programmatischen Auseinandersetzungen innerhalb der WASG schien eine Kernaussage stets unumstritten zu sein. »Weg mit Hartz IV« bzw. »Keine Ein-Euro-Jobs« gehörte bei allen Wahlkämpfen und Kampagnen der Organisation zu den zentralen Losungen.

Das gilt in besonderem Maße für Berlin, wo sich der WASG-Landesverband im vergangenen Jahr dafür entschieden hatte, in Konkurrenz zur Linkspartei.PDS, die in der Hauptstadt als Juniorpartner der SPD mitregiert zur Abgeordnetenhauswahl im September anzutreten. Neben massiven Sozialkürzungen und umfangreichen Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge warf die WASG der ungeliebten künftigen Schwesterpartei vor allem deren willige Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze und die Einrichtung von fast 30000 Ein-Euro-Jobs vor.

Zu den Kandidaten zählten auch Rainer Waldukat und seine Ehefrau Rita, letztere zog in die Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg/Friedrichshain ein, wo die WASG ihr bestes Ergebnis erzielte und Fraktionsstärke erreichte. Doch kaum einem WASGler war bekannt, wer da mit dem Ticket der »sozialen Opposition« in ein Bezirksparlament einrückte, und die, die es wußten, zogen es vor, zu schweigen.

Das Ehepaar Waldukat tummelt sich seit Jahren in einer »Boombranche« der besonderen Art. Bereits am 28. September 2004 wurde die private Beschäftigungsagentur Berlin-Brandenburg e.V. (BABB) gegründet. Der Verein setzte sich als Ziel, »Träger von MAE-Maßnahmen (Ein-Euro-Jobs) ohne und mit Entgelt« zu werden. Das ist gelungen. Der von Rainer Waldukat als Geschäftsführer geleitete Verein ist eine der vielen Organisationen, die unmittelbar Profite aus der Zwangsarbeit erwirtschaften. Die Träger der MAE-Maßnahmen erhalten pro eingesetztem Ein-Euro-Jobber sogenannte »Regiemittel« von bis zu 500 Euro pro Monat. Zum Netzwerk der Waldukats gehören noch weitere Vereine, die u.a. auch mit Arbeitsvermittlung beschäftigt sind.

Daß auch die WASG-Mitgliedschaft des Geschäftsführers nicht vor den üblichen Praktiken schützt, zeigt der Erfahrungsbericht eines Betroffenen im Arbeitslosen Hilfe Forum Deutschland (forum.ahfd.org/showthread.php?t=8652). Der gelernte Softwareentwickler bekam von BABB einen Ein-Euro-Job als Haushaltshilfe für Behinderte »angeboten«. Fragen zur- gesetzlichen vorgeschriebenen-Zusätzlichkeit der Tätigkeit, also der Nichtersetzung regulärer Beschäftigung, wurden nicht beantwortet, dafür aber eine Meldung beim Jobcenter für den Fall des Nichtantritts angedroht.

Im Wahlkampf hielten sich die Waldukats bedeckt. Die Frage nach der Geschäftsführertätigkeit bei BABB wurde von Rainer Waldukat beim unabhängigen Portal kandidatenwatch.de schlicht nicht beantwortet. Immerhin räumte er auf Befragen ein, daß er für ein »Recht auf einen Ein-Euro-Job« eintrete, falls jemand einen solchen »freiwillig« anstrebe.

Aufgefallen ist das seinerzeit anscheinend niemandem. Doch auch in der BVV-Fraktion der WASG in Kreuzberg/Friedrichshain tauchte plötzlich die Frage nach der Möglichkeit für den »unterstützende Einsatz« von Ein-Euro-Jobbern auf. Darauf machten dann mehrere soziale Protestgruppen aufmerksam, die auf den Widerspruch zwischen Programm und Praxis der Berliner WASG hinwiesen.

Ein Aufschrei der Empörung hat es in der Organisation dennoch nicht gegeben. Die Partei ist durch Flügelkämpfe weitgehend gelähmt. Zur Zeit sind weder von den Waldukats noch von ihren engeren politischen Freunden Stellungnahmen zum »MAE-Sündenfall« zu erhalten.